

Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand

Herbst 2003

Eine Untersuchung der
Creditreform Wirtschafts-
und Konjunkturforschung

INHALT

SEITE

1	Einleitung	
	Zwischen Hoffen und Bangen	1
2	Die aktuelle konjunkturelle Situation des Mittelstandes im Herbst 2003	2
	2.1 Geschäftslage	2
	2.2 Umsatzsituation	4
	2.3 Arbeitsmarkt	6
3	Erwartungen des Mittelstandes	8
	3.1 Die weitere Entwicklung der Umsätze	8
	3.2 Erwartungen zum Personalbestand	11
	3.3 Investitionen	13
4	Finanzierung des Mittelstandes	
	Erträge, Eigenkapital, Liquidität	16
	4.1 Erträge	16
	4.2 Zahlungsverhalten und Forderungsausfälle	20
	4.3 Insolvenzen im Mittelstand	23
5	Wirtschaftspolitisches Umfeld	25
	5.1 Steuerreform und Mittelstand	25
	5.2 Bürokratie und Bürokratieabbau	29
6	Zusammenfassung	31
7	Basis der Untersuchung	36
	7.1 Begriffsbestimmung	36
	7.2 Untersuchungsbreite	36
	7.3 Struktur der Unternehmen nach Rechtsform	37
	7.4 Sitz des Unternehmens	38
	7.5 Betriebsgrößenordnung	38

■ 1 Einleitung

Zwischen Hoffen und Bangen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer merkwürdigen konjunkturellen Phase, in einer Stimmung zwischen Hoffen und Bangen: Die Konjunktursignale könnten widersprüchlicher nicht ausfallen, das belegen die jüngsten Zeitungsüberschriften: „Erholung in Sicht“ (Süddeutsche Zeitung 01.08.2003), „Deutschland steckt in der Rezession“ (FAZ 15.08.2003), „Industrie-Produktion schnell nach oben“ (Handelsblatt 08.09.2003) oder „Die deutsche Wirtschaft bremst Europa“ (Süddeutsche Zeitung 19.09.2003).

Tatsächlich befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer schwierigen Lage, doch die Chancen für einen, zumindest moderaten, Aufschwung – getragen vom wiedererstarkenden Aktienmarkt, einer immer noch robusten US-Wirtschaft und einem allmählich zurückkehrendem Verbrauchervertrauen – stehen so gut wie lange nicht. Nach Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel ist die Talsohle durchschritten und steht Deutschland am Beginn eines schwachen Aufschwungs. 2004 soll die Wirtschaft sogar wieder um 1,8 Prozent wachsen.

Der Konjunkturmotor zündet, doch ob die Funken ausreichen werden, um den Motor in Gang zu bringen ist fraglich. Selbst wenn es zu einer deutlichen Wirtschaftsbelebung käme, wäre das noch lange kein Grund aufzuatmen und sich zurückzulehnen. Noch immer lähmt die unverhältnismäßig hohe Belastung des Faktors Arbeit die Wirtschaftskraft der Unternehmen, erdrückt die unnötige Bürokratie jegliche positiven Konjunkturimpulse und raubt ein undurchsichtiges Steuersystem auch dem besten Steuerfachmann den letzten Nerv.

Wenn auch die Mittelstands-Konjunkturumfrage von Creditreform in diesem Herbst einen kleinen Lichtblick eröffnen sollte, sind wir noch weit von einem echten Produktivitätszuwachs entfernt.

Konjunkturmotor zündelt nur

Mut zu Reformen

■ 2 Die aktuelle konjunkturelle Situation des Mittelstandes im Herbst 2003

2.1 Geschäftslage

Positive Geschäftslage

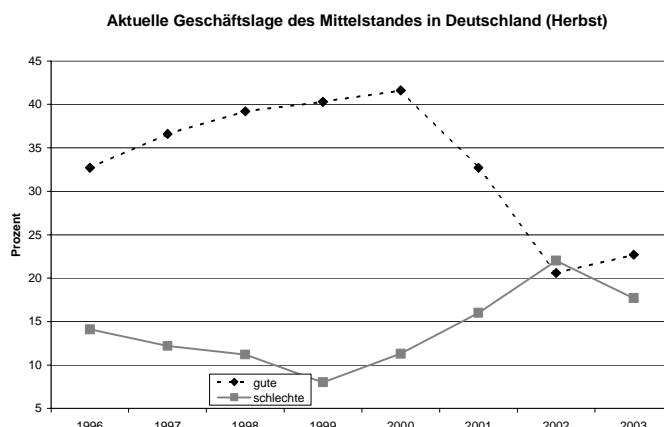
Die Konjunktur kommt langsam in Schwung. Erste Anzeichen für eine Belebung im Mittelstand mehren sich: Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Geschäftslage des deutschen Mittelstandes verbessert. Nach der Einschätzung ihrer derzeitigen Geschäftslage gefragt, antworten 22,7 Prozent mit sehr gut und gut. Im Jahr zuvor waren es noch 20,6 Prozent. Als mangelhaft oder ungenügend bezeichnen 17,7 Prozent ihre derzeitige Lage. Aktuell überwiegen die guten wieder erstmals die schlechten Noten (Saldo: 5,0 Prozentpunkte).

Tab. 1: Geschäftslage im Mittelstand

■	sehr gut – gut	22,7 (20,6)
	befriedigend – ausreichend	58,9 (57,0)
	mangelhaft – ungenügend	17,7 (22,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Noch im Frühjahr 2003 und im Herbst 2002 war der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen negativ. Nach der verbesserten Geschäftslage zu urteilen, hat der deutsche Mittelstand die Talsohle durchschritten.



Von einer Trendwende kann jedoch erst gesprochen werden, wenn sich die Umfrageergebnisse im nächsten Jahr ebenfalls verbessert haben. Noch handelt es sich um vereinzelt positive Konjunkturindikatoren, die

sich zudem auf recht niedrigem Niveau befinden. Um etwa das konjunkturelle Hoch aus dem Jahr 2000 wieder zu erreichen, müsste die positive Einschätzung der aktuellen Geschäftslage um etwa 20 Prozentpunkte steigen. Ein weiter Weg.

Die Geschäftslage hat sich in den Bereichen Bau, Handel und Dienstleistungen verbessert. Sprach im vergangenen Herbst noch jeder siebte (14,6 Prozent) Bauunternehmer von einer sehr guten bis guten Geschäftslage, trifft dies aktuell auf jeden sechsten zu (17,1 Prozent). Von einer mangelhaften bis ungenügenden Geschäftslage ist nur noch bei knapp ein Fünftel (19,9 Prozent) der Befragten die Rede (Herbst 2002: 25,2 Prozent).

Talfahrt des Bau gebremst?

Tab. 2: Geschäftslage der Hauptwirtschaftsbereiche

■	sehr gut und gut	befriedigend und ausreichend	mangelhaft und ungenügend
Verarb. Gewerbe	21,3 (23,8)	60,5 (52,9)	17,5 (22,6)
Bau	17,1 (14,6)	61,9 (59,5)	19,9 (25,2)
Handel	20,5 (16,5)	61,3 (57,6)	17,9 (25,9)
Dienstleistungen	27,4 (22,7)	55,1 (58,6)	17,0 (18,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Das Statistische Bundesamt bestätigt: Die Talfahrt der deutschen Bauwirtschaft hat sich im Juli etwas verlangsamt. Im Tiefbau etwa legte der Auftragseingang im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Prozent zu. Laut Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) trug zu dieser Entwicklung vor allem die gestiegene Nachfrage in den neuen Bundesländern bei, die überwiegend von den Fluthilfemaßnahmen in Sachsen getragen worden sind. Durch die vorgesehenen Kürzung der Eigenheimzulage haben Vorzieheffekte, die Anzahl der Baugenehmigungen in Westdeutschland im ersten Halbjahr 2003 um 16,3 Prozent ansteigen lassen. Gleichwohl bleibt die Lage in der Branche angespannt. So fällt der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen immer noch negativ aus (minus 2,8 Prozentpunkte).

2.2 Umsatzsituation

Umsätze steigen wieder

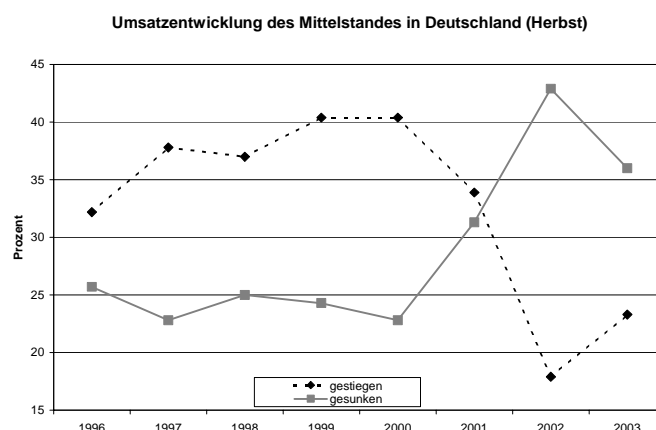
Entsprechend zur Einschätzung der Geschäftslage hat sich auch die Umsatzentwicklung leicht verbessert. Bei fast einem Viertel der Befragten (23,3 Prozent) ist der Umsatz in den vergangenen sechs Monaten gestiegen. Im Jahr zuvor waren es noch 17,9 Prozent. Der Anteil derjenigen, die gesunkene Umsätze registrieren nahm von 42,9 auf 36 Prozent ab. Jedoch bleibt der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen immer noch negativ (minus 12,7 Prozentpunkte). Eine stabile Umsatzentwicklung gaben immerhin rund 40 Prozent der Befragten an.

Tab. 3: Umsatzentwicklung im Mittelstand

■	gestiegen	23,3 (17,9)
	stabil	40,1 (38,4)
	gesunken	36,0 (42,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung über mehrere Jahre hinweg ist zu erkennen, dass der Abwärtstrend im Jahr 2001 einsetzte und der Tiefpunkt 2002 erreicht wurde. Auch hier ist es, wie bei den aktuellen Daten zur Geschäftslage, noch zu früh diese Entwicklung als Aufschwungsignal zu interpretieren.



Analog zur Mittelstandskonjunktur sind sich die Konjunkturexperten auch über den gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsaufschwung uneinig: Hoffnung auf eine Erholung der Konjunktur spiegeln bislang nur die

Stimmungsindikatoren wieder, die sogenannten harten Konjunkturdaten wie Auftragseingang oder Industrieproduktion signalisieren noch keine Trendwende hin zu dynamischem Wirtschaftswachstum. Erholung ja, aber ein starker Aufschwung ist noch nicht in Sicht.

Eine Konjunkturprognose für den Mittelstand gab Anfang dieses Jahres auch der Mittelstandsmonitor (MiMo) ab. Dieser jährliche Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen wird von Creditreform, DtA und KfW – der neuen Mittelstandsbank – sowie dem IfM Bonn und dem ZEW Mannheim herausgegeben. Im ersten Konjunkturkapitel kam der Mittelstandsmonitor zum Ergebnis, dass die Mittelstandskonjunktur sich 2003 zwar stabilisieren, aber nicht nennenswert an Fahrt gewinnen werde. Mit den heute vorliegenden Ergebnissen wird diese Prognose noch wahrscheinlicher.

Konjunktursignale und ihre Deutung

Tab. 4: Umsatzentwicklung der Hauptwirtschaftsbereiche

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	22,3 (19,8)	42,0 (34,9)	35,4 (44,9)
Bau	22,3 (15,0)	42,6 (42,6)	33,9 (40,9)
Handel	25,0 (16,3)	32,2 (33,6)	42,0 (50,1)
Dienstleistungen	23,2 (18,6)	43,4 (41,8)	33,0 (38,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Wie widersprüchlich Konjunktursignale ausfallen können, zeigt die Betrachtung der Umsatzentwicklung: Nach Einschätzung der befragten Mittelständler sind die Umsätze zwar in allen Wirtschaftsbereichen leicht gestiegen. Gleichzeitig fällt jedoch der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen in allen vier Branchen immer noch negativ aus. Am besten schneidet noch der Dienstleistungssektor mit einem negativen Saldo von minus 9,8 Prozentpunkten ab. Den größten negativen Saldo verzeichnet der Handel mit minus 17,0 Prozentpunkten.

Der Handelsverband BAG gibt sich optimistisch und verkündet, dass die Talsohle im Einzelhandel erreicht und möglicherweise sogar gerade durchschritten werde. Die verlängerten Ladenöffnungszeiten am Sams-

Geht es beim Handel wieder aufwärts?

tag und die geplante vorgezogene Steuerreform hätten die Kauflust der Verbraucher geweckt. So wird etwa der von der GFK (Gesellschaft für Konsumforschung) ermittelte Konsumklimaindex im Oktober diesen Jahres einen Wert von 5,3 Punkten erreichen, das sind 0,3 Punkte mehr als der revidierte Wert des Vormonats.

Tab. 5: Gestiegene Angebotspreise

■	Verarbeitendes Gewerbe	8,7 (12,4)
	Bau	5,5 (10,8)
	Handel	14,1 (16,2)
	Dienstleistungen	8,6 (10,2)
	Gesamt	9,6 (12,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die unruhige Verbraucherpreisentwicklung in den Sommermonaten trug nicht gerade zu einer Stabilisierung des Konsumentenvertrauens bei: Niedrigere Energiepreise haben die Inflationsrate im Mai diesen Jahres auf den tiefsten Stand seit Oktober 1999 gedrückt. Auch im Juni lag der Verbraucherpreisindex unter einem Prozent. Mittlerweile stabilisieren sich die Preise wieder. Im August lag die Inflationsrate bei 1,1 Prozent. Entsprechend dieser Inflationsentwicklung haben sich die Angebotspreise im Mittelstand in den vergangenen sechs Monaten durch alle Branchen hinweg eher nach unten entwickelt: Lediglich bei 9,6 Prozent der Befragten sind die Angebotspreise gestiegen. Im Vorjahr waren es noch 12,1 Prozent. Insbesondere der Bau und das Verarbeitende Gewerbe registrieren sinkende Verkaufspreise.

2.3 Arbeitsmarkt

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist immer noch keine Entspannung in Sicht. Im Gegenteil: Der Beschäftigungsabbau in Deutschland hat im zweiten Quartal diesen Jahres einen neuen Spitzenwert erreicht: Von April bis Juni wurden 646.000 Arbeitsplätze gestrichen, das ist der höchste Beschäftigungsabbau in einem zweiten Quartal seit der Wiedervereinigung 1990.

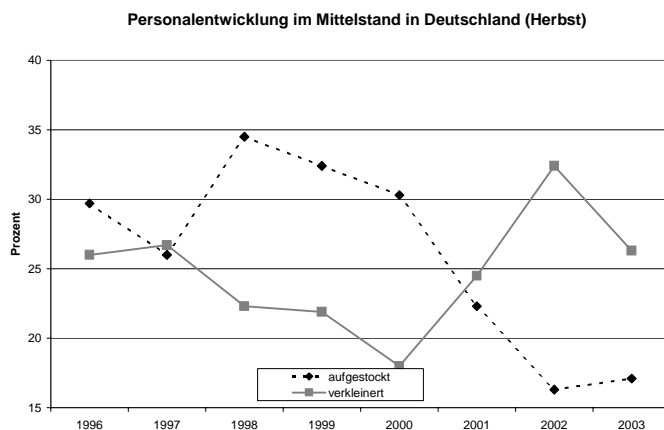
Tab. 6: Personalbestand im Mittelstand

■	aufgestockt	17,1 (16,3)
	unverändert	56,2 (50,8)
	verkleinert	26,3 (32,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Auch Deutschlands Mittelständler trugen zu diesem Beschäftigungsabbau bei, die Entwicklung verläuft jedoch bei kleinen und mittleren Betrieben moderater, als dies bei Großunternehmen der Fall ist. Immer noch hält der überwiegende Teil der Mittelständler an seinem Personalbestand unverändert fest. Im Vergleich zum Vorjahr (50,8 Prozent) hat sich dieser Wert sogar verbessert (56,2 Prozent). Der Anteil derjenigen, die neues Personal eingestellt haben ist von 16,3 Prozent im Vorjahr auf aktuell 17,1 Prozent leicht gestiegen und weniger Mittelständler (26,3 Prozent) mussten Arbeitskräfte entlassen (Herbst 2002: 32,4 Prozent).

Auf Mittelständler ist Verlass



Auf positive Beschäftigungseffekte aus dem deutschen Mittelstand wird jedoch immer noch vergeblich gehofft. So bleibt der Saldo aus neu eingestelltem und entlassenen Personal seit Herbst 2001 negativ (minus 9,2 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich der Abstand jedoch etwas verringert. Auch hier fehlt es an durchgreifenden Reformen: Die beabsichtigte Lockerung des Kündigungsschutzes für kleine Betriebe mit bis zu fünf Mitarbeitern ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Tab. 7: Personalbestand der Hauptwirtschaftsbereiche

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	17,0 (17,5)	55,2 (47,2)	27,3 (34,9)
Bau	17,1 (13,5)	55,8 (50,8)	26,5 (34,9)
Handel	15,2 (11,8)	59,6 (52,3)	24,5 (35,9)
Dienstleistungen	18,4 (18,9)	54,6 (52,6)	26,7 (27,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Bei der Mittelstandsumfrage von Creditreform zeichnet sich – im Vergleich zum Vorjahr - im Handel und im Bau eine leichte Verbesserung ab. Im Bau stellten 17,1 Prozent der befragten Mittelständler in den vergangenen sechs Monaten neue Arbeitskräfte ein (Herbst 2002: 13,5 Prozent). Neben saisonalen Gründen dürften für diesen Anstieg, wie bereits erwähnt, die Beseitigung der Flutschäden sowie Vorzieheffekte verantwortlich gemacht werden. Der Anteil der Bauunternehmer, die Personal entlassen haben (26,5 Prozent) überwiegt immer noch. Auch im Handel haben mehr Mittelständler Personal entlassen (24,5 Prozent) als Personal eingestellt (15,2 Prozent).

■ 3 Erwartungen des Mittelstandes

3.1 Die weitere Entwicklung der Umsätze

Im Vergleich zur tatsächlichen Entwicklung fallen die Erwartungen stabiler aus. So erwartet etwa ein Viertel der Befragten (22,1 Prozent) in den kommenden sechs Monaten steigende Umsätze. Fast genau soviel (22,5 Prozent) gehen von sinkenden Umsätzen aus. Aber weit über die Hälfte der Befragten (54,8 Prozent) setzt auf eine stabile Umsatzentwicklung. Fiel der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen im Herbst 2002 mit minus 10,5 Prozent noch deutlich negativ aus, beträgt der Wert aktuell nur noch minus 0,4 Prozent.

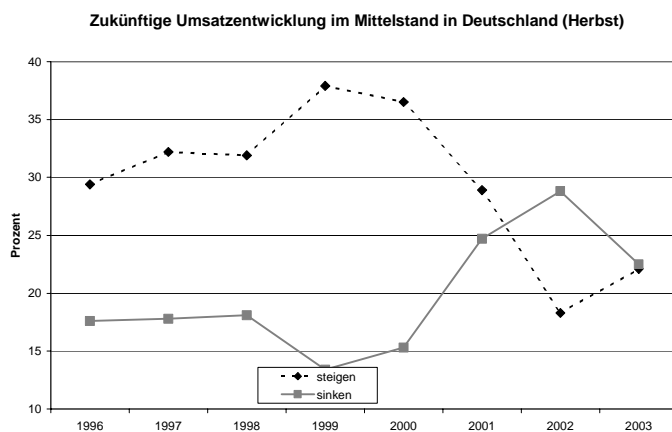
**Stimmung stabiler
als die Lage**

Tab. 8: Umsatzerwartungen im Mittelstand

■	steigend	22,1 (18,3)
	stabil	54,8 (52,3)
	sinkend	22,5 (28,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Damit sollte der Tiefpunkt der Negativerwartungen durchbrochen sein: Noch im Frühjahr diesen Jahres kalkulierten lediglich 16,3 Prozent der Befragten mit steigenden Umsätzen, gut ein Drittel (33,0 Prozent) befürchteten Umsatzrückgänge. Ebenso haben sich die Werte im Vergleich zum Vorjahresherbst verbessert. Der letzte positive Saldo aus erwarteten Umsatzsteigerungen und -senkungen wurde im Frühjahr 2002 registriert.



Auch der Ifo-Geschäftsklimaindex ist im September zum fünften Mal in Folge gestiegen, was insbesondere auf verbesserte Geschäftsaussichten zurückzuführen ist. Erstmals seit dem Frühjahr 2002 seien die Erwartungen der befragten Unternehmen wieder positiv. Die Beurteilung der aktuellen Lage hat sich jedoch, nach einer Besserung im Vormonat, wieder leicht eingetrübt und verweilt auf niedrigem Niveau.

Erinnerungen an das Frühjahr 2002 werden wach, als die Erwartungen sukzessive anstiegen, die wirtschaftliche Lage aber schlecht blieb und Deutschlands Wirtschaft anschließend in die Rezession und nicht in den erhofften Aufschwung rutschte: Skeptiker warnen vor einer abermaligen „Erwartungsblase“. Viel hänge nun von der Entwicklung der deutschen Industrieproduktion ab. Sie entwickelt sich in der Regel parallel zum BIP. Der Sektor trägt immerhin ein Drittel zur deutschen Wirtschaftsleistung bei und wird als Konjunkturmotor gesehen. Nach einem Anstieg der Produktionsdaten im Juli, würde eine abermalige Verbesserung im Au-

***Droht eine
„Erwartungsblase“?***

gust die Aufschwung-Skeptiker eines Besseren belehren.

Tab. 9: Umsatzerwartungen der Hauptwirtschaftsbereiche

■	steigend	stabil	Sinkend
Verarb. Gewerbe	20,7 (19,2)	57,4 (50,6)	21,3 (29,8)
Bau	13,7 (14,1)	57,2 (50,8)	28,6 (34,4)
Handel	23,4 (14,3)	50,9 (53,7)	24,9 (32,0)
Dienstleistungen	25,4 (21,6)	54,9 (53,4)	19,1 (24,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Über alle Branchen hinweg erwarten Mittelständler eine stabilere Umsatzentwicklung. Am optimistischsten beurteilen die Dienstleister ihre Umsatzerwartungen: Jeder vierte Dienstleister (25,4 Prozent) kalkuliert mittlerweile mit steigenden und jeder fünfte (19,1 Prozent) mit sinkenden Umsätzen. Als einzige Branche fällt hier der Saldo aus steigenden und sinkenden Umsätzen positiv aus (6,3 Prozentpunkte).

Auch die Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Mannheim zusammen mit Creditreform im Juni und Juli 2003 durchgeführt hat ergab: Die saisonbereinigte jährliche Umsatzwachstumsrate ist leicht von 1,7 Prozent im Vorquartal auf 1,8 Prozent im zweiten Quartal 2003 gestiegen. Auch wenn das Wachstumsniveau nicht den Stand des zweiten Quartals 2002 erreicht hat, zeugen doch die positiven Erwartungen für das dritte Quartal 2003 von einer besseren Grundstimmung in diesem Wirtschaftszweig als noch vor einem Jahr.

Dienstleister ganz vorne

Tab. 10: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise

■	steigen	13,7 (10,8)
	gleich bleiben	71,1 (70,3)
	sinken	14,7 (17,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Künftig erwarten gut zwei Drittel der Befragten (71,1 Prozent) eine stabile Preisentwicklung. 13,7 Prozent kalkulieren für die nächsten Monate mit steigenden und 14,7 Prozent mit sinkenden Angebotspreisen. Im

Vergleich zur tatsächlichen Preisentwicklung fallen diese Prognosen etwas stabiler aus, registrieren doch knapp 60 Prozent (59,5 Prozent) in den vergangenen Monaten stabile, 9,6 Prozent gestiegene und 30 Prozent gesunkene Angebotspreise.

Tab. 11: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	steigen	gleich bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	9,7 (13,7)	77,8 (68,4)	12,5 (17,0)
Bau	8,9 (8,9)	70,5 (67,5)	20,0 (22,9)
Handel	18,7 (10,9)	63,4 (68,8)	17,7 (20,3)
Dienstleistungen	14,7 (9,3)	72,4 (73,7)	11,9 (15,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Handel und Dienstleister erwarten tendenziell steigende Preise, so fallen die Salden aus steigenden und sinkenden Preisen in beiden Branchen positiv aus. Im Bau und im Verarbeitenden Gewerbe sind diese negativ. Gleichzeitig rechnet fast jeder dritte Mittelständler (31,9 Prozent) mit steigenden Bezugspreisen, eine Entwicklung, mit der die Ertragslage vieler Betriebe auf keine gute Basis gestellt ist.

3.2 Erwartungen zum Personalbestand

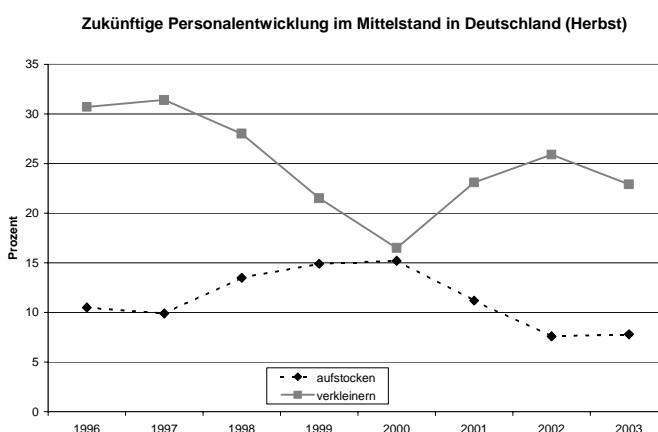
Hat sich die aktuelle Lage am mittelständischen Arbeitsmarkt auch etwas verbessert, so fallen die zukünftigen Erwartungen etwas verhaltener aus: Von 100 Befragten denkt lediglich jeder Dreizehnte (7,8 Prozent) daran seinen Personalbestand im kommenden halben Jahr aufzustocken. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das lediglich einer Verbesserung um 0,2 Prozentpunkte (Herbst 2002: 7,6 Prozent). Der Anteil der Befragten, die ihren Personalbestand unverändert lassen möchten ist jedoch von 65,7 Prozent im Vorjahr auf aktuell 69,1 Prozent gestiegen. Verglichen mit dem Vorjahr rechnen weniger Geschäftsführer damit, Arbeitskräfte entlassen zu müssen (22,9 Prozent; Herbst 2002: 25,9 Prozent).

Tab. 12: Entwicklung des Personalbestandes

■	aufstocken	7,8 (7,6)
	unverändert	69,1 (65,7)
	verkleinern	22,9 (25,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet, überwiegt seit 1996 der Anteil der Unternehmer, die



erwarten, mehr Arbeitskräfte entlassen als neu einstellen zu müssen. Einzig im Herbst 2000, wurde ein annähernder Gleichstand aus Neueinstellungen und Entlassungen erreicht. In den folgenden Jahren hat sich die Schere, zuungunsten von Neueinstellungen weiter auseinander entwickelt. Mit der jüngsten Prognose verringert sich dieser Abstand jedoch.

Tab. 13: Entwicklung des Personalbestandes in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	aufstocken	unverändert	verkleinern
Verarb. Gewerbe	8,4 (7,7)	69,5 (64,5)	21,5 (26,6)
Bau	1,0 (3,9)	68,2 (59,8)	30,8 (36,2)
Handel	4,9 (4,9)	71,8 (67,0)	23,3 (28,1)
Dienstleistungen	12,0 (10,5)	67,3 (68,3)	20,5 (19,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Nach Wirtschaftsbereichen getrennt fällt auf, dass – verglichen mit dem Vorjahr - einzig das Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleister an mehr Neueinstellungen denken (8,4 Prozent, 12 Prozent; Herbst 2002: 7,7 Prozent, 10,5 Prozent). Allen Branchen gemeinsam ist,

dass rund 70 Prozent ihren Personalbestand unverändert lassen wollen.

Tab. 14: Entwicklung des Personalbestandes in Ost- und Westdeutschland

■	West	Ost
aufstocken	8,2 (7,9)	5,2 (5,6)
unverändert	69,0 (64,8)	69,6 (71,3)
verkleinern	22,5 (26,5)	25,3 (22,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

3.3 Investitionen

Die Investitionsbereitschaft im deutschen Mittelstand ist immer noch auf einem niedrigen Niveau, zeigt jedoch verglichen mit den Vorjahresergebnissen leichte Verbesserungen. Immerhin ist immer noch jeder Dritte Unternehmen bereit, im kommenden halben Jahr Investitionen zu tätigen (34,4 Prozent; Frühjahr 2003: 32,2 Prozent). Im Vorjahreszeitraum war es nur jeder Vierte (25,8 Prozent). Die restlichen zwei Drittel (65,2 Prozent) denken immer noch nicht daran, im kommenden halben Jahr Investitionen zu tätigen (Herbst 2002: 73,5 Prozent).

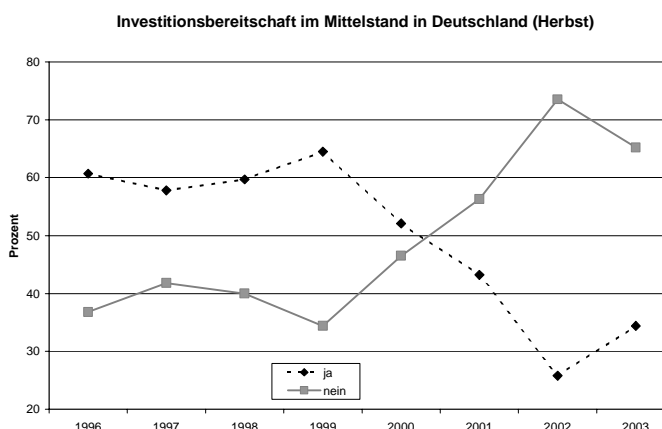
***Mittelständler scheuen
Investitionsrisiko***

Tab. 15: Investitionsbereitschaft im Mittelstand

■	ja	34,4 (25,8)
	nein	65,2 (73,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Damit liegen viele Mittelständler im Trend: Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) stellte fest: Seit 1991 sind die Nettoinvestitionen in Relation zum BIP drastisch gesunken von rund 9 Prozent im Jahr 1991 auf aktuell 3 Prozent. Der Einbruch bei den Investitionen sei ein Signal, dass die Rahmenbedingungen für die Unternehmen schlecht seien. Die Risiken neuer Investitionen lohnen sich für viele Unternehmen einfach nicht mehr.



Der Langzeitchart der Creditreform-Umfrage belegt: In den Jahren 1996 bis 1999 befand sich die Investitionsbereitschaft der befragten Mittelständler mit durchschnittlich rund 60 Prozent auf recht hohem Niveau, aktuell sind wir bei der Hälfte angelangt. Wie bei anderen Konjunkturindikatoren kam es auch hier ab Herbst 2000 zum Investitionseinbruch. Mit den aktuellen Ergebnissen bewegen sich die entgegengesetzten Investitionsneigungen wieder aufeinander zu.

Tab. 16: Investitionsbereitschaft in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	ja	nein
Verarb. Gewerbe	36,9 (27,3)	62,5 (71,9)
Bau	19,2 (17,5)	80,8 (82,5)
Handel	31,7 (21,7)	67,6 (78,3)
Dienstleistungen	40,5 (30,3)	59,2 (68,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Bau schwächt am stärksten

Die größte Investitionsbereitschaft herrscht im Dienstleistungssektor vor: 40,5 Prozent sind zu Investitionen bereit, 59,2 Prozent nicht (Herbst 2002: 30,3 Prozent, 68,6 Prozent). Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und sogar im Bausektor hat die Investitionsbereitschaft leicht zugenommen. Jedoch dominiert in der krisengeschüttelten Baubranche die Investitionsabneigung eindeutig (80,8 Prozent).

Tab. 17: Entwicklung des Investitionsvolumens im Vergleich zum Vorjahr

■	höher	47,7 (37,8)
	gleich	33,9 (39,2)
	niedriger	16,6 (21,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Entsprechend der Investitionsneigung hat sich auch das Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr besser entwickelt. Fast die Hälfte der Befragten (47,7 Prozent) haben einen höheren Betrag investiert als noch im Herbst 2002 (37,8 Prozent). Bei etwa jedem Dritten (33,9 Prozent) ist das Investitionsvolumen gleich geblieben (Herbst 2002: 39,2 Prozent). Nur noch 16,6 Prozent bewerten Ihre Investitionsausgaben niedriger als im Vorjahreszeitraum (Herbst 2002: 21,3 Prozent).

Tab. 18: Art der Investitionen (Mehrfachnennung möglich)

■	Erweiterung	50,7 (46,0)
	Rationalisierung	28,4 (25,5)
	Ersatz	57,4 (57,6)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben
(Investitionswillige = 100)

Bei der Investitionsart hat sich hingegen nicht viel geändert: Nahezu auf gleichem Niveau ist die Höhe der Ersatzinvestitionen geblieben (57,4 Prozent; Herbst 2002: 57,6 Prozent). Die in konjunkturell schwachen Zeiten dominierenden Rationalisierungsinvestitionen werden aktuell immer noch von gut einem Viertel der Befragten getätigt (28,4 Prozent; Herbst 2002: 25,5 Prozent). Als ein positives Signal kann der leichte Anstieg der Erweiterungsinvestitionen gedeutet werden, die in konjunkturellen Aufschwungphasen gerne getätigt werden (50,7 Prozent; Herbst 2002: 46 Prozent). Fakt ist: Die Signale für eine Erholung sind zwar zaghaft, aber sie mehren sich.

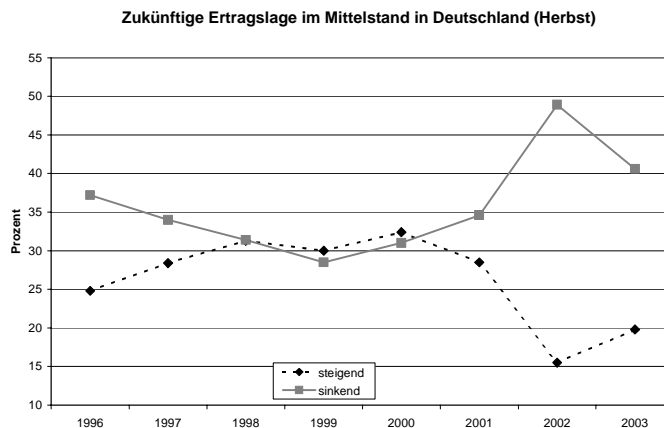
***Endlich mehr
Erweiterungsinvestitionen***

■ 4 Finanzierung des Mittelstandes

Erträge, Eigenkapital, Liquidität

4.1 Erträge

Nachdem die Zahl der Betriebe, die mit steigenden Erträgen rechnen, in den Jahren 1996 bis 1998 stetig zunahm, „verharrte“ sie von 1998 bis 2000 fast auf dem gleichen Wert, der etwa bei 32 Prozent der Befragten lag, um in den Jahren 2000 bis 2002 auf ungefähr 15 Prozent abzufallen. Erstmals seit dem Jahr 2000 stehen die Zeichen nun wieder eher auf Optimismus.



Erträge stabilisieren sich leicht

Auf steigende Erträge hoffen 19,8 Prozent der Befragten – im Herbst 2002 waren es 15,5 Prozent. Abgenommen hat die Zahl der Mittelständler, die mit sinkenden Erträgen rechnen, und zwar von 48,9 auf 40,6 Prozent.

Tab. 19: Zukünftige Ertragslage

■	steigend	19,8 (15,5)
	stabil	38,9 (35,5)
	sinkend	40,6 (48,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Vorsichtige Zuversicht verbreitet sich sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Knapp zwanzig Prozent der Befragten (19,8 Prozent) rechnen in beiden Landesteilen mit einer Verbesserung der Ertragssituation. Am unteren Ende der Skala gibt es aber nach wie vor Unterschiede: In den neuen Bundesländern stieg die Zahl der Unternehmen, die mit sinkenden Erträgen

rechnen von 37,3 Prozent im letzten Jahr auf nunmehr 44,9 Prozent. Im Westen hingegen fürchten lediglich 39,9 Prozent der Befragten Ertragseinbußen - binnen Jahresfrist ein Rückgang von 10,8 Prozentpunkten.

Tab. 20: Zukünftige Ertragslage in Ost- und Westdeutschland

■	West	Ost
steigend	19,8 (15,2)	19,8 (16,9)
stabil	39,6 (33,9)	34,8 (45,5)
sinkend	39,9 (50,7)	44,9 (37,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Zuwächse bei den steigenden Ertragserwartungen verzeichnen alle Branchen. Insbesondere der Bau und das Verarbeitende Gewerbe sind wieder hoffnungsvoll: In der Baubranche stiegen die Bewertungen von 11,6 Prozent im letzten Jahr auf nunmehr 16,3 Prozent, im Verarbeitenden Gewerbe von 14,6 auf 20,5 Prozent. Im Dienstleistungsbereich hingegen macht der Zuwachs bei den Unternehmen, die mit steigenden Erträgen rechnen lediglich 0,6 Prozentpunkte aus (22,2 Prozent im Herbst 2003; 21,6 Prozent im Herbst 2002).

Tab. 21: Ertragserwartungen der Hauptwirtschaftsbereiche

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	20,5 (14,6)	40,7 (34,0)	37,3 (51,1)
Bau	16,3 (11,6)	36,3 (34,6)	46,9 (53,7)
Handel	17,8 (14,3)	40,2 (53,7)	41,6 (32,0)
Dienstleistungen	22,2 (21,6)	37,8 (53,4)	39,7 (24,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Dienstleister liegen vorne

Bei den sinkenden Ertragserwartungen gehen die Bewertungen stark auseinander: Abnahmen verzeichnen die Wirtschaftsbereiche Bau und Verarbeitendes Gewerbe; Zuwächse hingegen die Bereiche Dienstleistung (plus 15,5 Prozentpunkte auf 39,7 Prozent) und Handel (plus 9,6 Prozentpunkte auf 41,6 Prozent). Im Tertiärsektor trennt sich die Spreu vom Weizen: „Gute Betriebe“ schaffen Verbesserungen, die „schlechten“ sinken weiter ab.

Tab. 22: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme

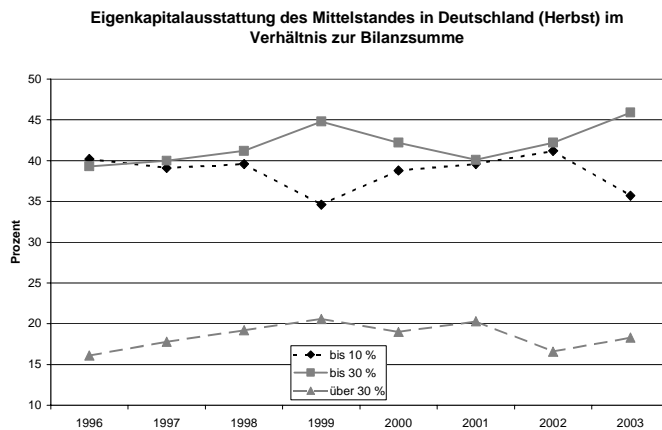
■	bis 10%	35,7 (41,2)
	bis 20%	27,0 (25,5)
	bis 30%	18,9 (16,7)
	über 30%	18,3 (16,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Eigenkapitalsituation leicht verbessert

Dem deutschen Mittelstand fehlt Eigenkapital. Im Durchschnitt aller deutschen Unternehmen liegt die Eigenkapitalquote bei 17 Prozent – ein auch unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bilanzierung im Vergleich mit dem Ausland weit unterdurchschnittlicher Wert. In Frankreich sind es mehr als 30 Prozent, in Spanien über 40 Prozent und in den USA kommen die Unternehmen auf eine durchschnittliche Eigenkapitalquote von 50 Prozent. Die dürftige Eigenkapitalbasis hat ihren Grund nicht zuletzt in den steuerlichen Rahmenbedingungen, die traditionell die Thesaurierung von Gewinnen bestraft.

Knapp Zwei Drittel der befragten mittelständischen Unternehmer (62,7 Prozent) haben weniger als 20 Prozent Eigenkapital. Lediglich 18,3 Prozent verfügen über eine ausreichende Eigenkapitaldecke von mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme. Dennoch ist auch hier eine positive Entwicklung erkennbar. Waren im letzten Jahr noch 41,2 Prozent der Unternehmen mit weniger als 10 Prozent Eigenkapital ausgestattet, sank der Wert im Jahresverlauf auf 35,7 Prozent. Am anderen Ende der Skala stieg die Zahl der Unternehmen, die ausreichend mit Eigenkapital versorgt sind (mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme) von 16,6 auf 18,3 Prozent.



Nach einer von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Auftrag gegebenen Studie werden 42 Prozent aller abgelehnten Kreditanträge mit einer unzureichenden Eigenkapitalquote begründet – und das, obwohl die Regelungen von Basel II noch gar nicht in Kraft sind und es vermutlich auch noch eine zeitlang dauern wird, bis es soweit ist. EZB-Chef Wim Duisenberg ist „stark davon überzeugt, dass Basel II kommen wird, aber vielleicht wird die ursprünglich für 2006 geplante Umsetzung erst im Verlauf oder sogar erst gegen Ende 2007 kommen.“

Aber schon jetzt führen Kreditinstitute in Vorbereitung auf die kommenden Änderungen Basel-II-gerechte Ratingsysteme ein. Für Mittelständler mit einer niedrigen Eigenkapitaldecke heißt das höhere Kreditkosten. Die Möglichkeiten der Eigenmittelbeschaffung werden vom deutschen Mittelstand bisher nur zögerlich genutzt, vielen sind sie noch zu wenig vertraut.

Der Mix macht's

Die direkte Beteiligung am Stamm- oder Grundkapital eines Mittelständlers führt automatisch zu Mitspracherechten bei der Geschäftspolitik. Viele – gerade inhabergeführte - Unternehmen haben damit ein Problem. Für solche Betriebe gibt es Mezzanine-Finanzierungen, die zwischen Eigenkapital und Fremdkapital anzusiedeln sind. Dazu gehören zum Beispiel Nachrangdarlehen. Die Kapitalgeber von Nachrangdarlehen werden im Falle einer Insolvenz nachrangig bedient, das heißt, erst nachdem die Verbindlichkeiten der normalen Kreditgeber bedient wurden. Als Gegenleistung gibt es einen Risikoaufschlag

– meist in Form einer Gewinnbeteiligung. Der Vorteil für den darlehensnehmenden Betrieb liegt in der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Kosten für Nachrangdarlehen.

Stille Beteiligung

Eine andere Finanzierungsform ist die stille Beteiligung. Der sogenannte stille Gesellschafter tritt mit seiner Vermögenseinlage nicht nach außen in Erscheinung. Er ist am Gewinn beteiligt, den Verlust trägt er maximal in Höhe seiner Einlage.

Eine Alternative zu Aktien stellen die Genussscheine dar, die allerdings keine Mitbestimmungsrechte beinhalten. Der Unternehmer kann die Ausschüttungen als gewinnmindernde Aufwendungen geltend machen. Genussscheine erfreuen sich bei mittelständischen Unternehmen dennoch keiner großen Beliebtheit, was an den Transparenzvorschriften und der Pflicht liegt, einen (teuren) Emmissionsprospekt erstellen zu müssen.

Tab. 23: Eigenkapitalquoten der einzelnen Wirtschaftszweige

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	31,3 (41,7)	25,0 (26,8)	23,6 (13,3)	20,0 (18,2)
Bau	38,4 (45,6)	30,7 (31,6)	16,4 (14,7)	14,4 (8,1)
Handel	35,7 (33,4)	28,9 (28,1)	18,9 (20,6)	16,5 (17,9)
Dienstleistung	37,5 (43,0)	25,5 (20,9)	16,9 (18,1)	20,1 (18,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Nur beim Handel hat sich binnen Jahresfrist die Zahl der Unternehmen verkleinert, die ausreichend kapitalisiert sind (von 17,9 auf 16,5 Prozent). Alle anderen Branchen verzeichnen Zuwächse bei den mit genügend Eigenkapital ausgestatteten Betrieben. Insbesondere die Baubranche konsolidiert sich: Mehr als 30 Prozent Eigenkapital haben 14,4 Prozent der Befragten. Das entspricht einer Zunahme von 6,3 Prozentpunkten.

4.2 Zahlungsverhalten und Forderungsausfälle

Je später ein Unternehmen seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, desto länger muss das Gläubiger-

unternehmen die Finanzierung des Umsatzes ausgleichen. Ist eine Forderung gänzlich uneinbringlich – etwa weil ein schuldnerisches Unternehmen das Insolvenzverfahren beantragt hat – müssen die entstandenen Löcher aus der eigenen Tasche gestopft werden.

Tab. 24: Zahlungsverhalten der Kunden des Mittelstandes

■	sehr gut	3,7 (2,9)
	gut	24,9 (22,8)
	befriedigend	34,1 (29,8)
	ausreichend	21,4 (26,0)
	mangelhaft	13,5 (16,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

28,6 Prozent der befragten Mittelständler beurteilen das Zahlungsverhalten ihrer Kunden mit gut und sehr gut. Das entspricht einem Zuwachs von 2,9 Prozentpunkten im Jahresverlauf. Dagegen vergeben nur noch 13,5 Prozent die Note mangelhaft, ein Rückgang um 2,5 Prozentpunkte.

Kunden zahlen schneller

Tab. 25: Zahlungsverhalten in Ost- und Westdeutschland

■	West	Ost
sehr gut	3,7 (2,7)	4,0 (4,2)
gut	23,6 (21,9)	32,7 (28,1)
befriedigend	34,6 (29,8)	31,0 (29,3)
ausreichend	22,5 (26,1)	14,5 (25,9)
mangelhaft	13,0 (16,7)	16,3 (11,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Betriebe in den neuen Bundesländern vergeben mehr gute aber auch mehr schlechte Bewertungen als der Westen. 36,7 Prozent bescheinigen ihren Kunden eine gute bzw. sehr gute Zahlungsweise, im Westen sind es nur 27,3 Prozent. Auf der anderen Seite erhalten aber auch 16,3 Prozent der ostdeutschen Kundenbetriebe die Note mangelhaft für ihr Zahlungsverhalten, im Westen sind es nur 13,0 Prozent.

Festzuhalten bleibt, dass die Zahl der sehr guten Bewertungen in Ostdeutschland zurückgegangen und in Westdeutschland gestiegen ist. Umgekehrt verhält es

sich am anderen Ende der Bewertungsskala: Im Osten nahmen die mit mangelhaft bewerteten Zahlungseingänge zu, im Westen ab.

Tab. 26: Zahlungsfristen der Kunden in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstleistungen
bis 30 Tage	65,9 (54,5)	71,4 (55,3)	65,5 (68,4)	65,2 (64,8)
bis 60 Tage	22,6 (28,9)	20,1 (28,3)	22,3 (20,7)	19,2 (24,4)
bis 90 Tage	5,3 (7,2)	4,3 (8,1)	4,6 (6,4)	6,4 (6,9)
über 90 Tage	3,0 (4,4)	3,5 (4,7)	3,0 (1,5)	5,3 (3,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Gutes Forderungsmanagement wirkt

Ist im Vertrag zwischen zwei Parteien keine Zahlungsfrist vereinbart, gilt die 30-Tage-Regel, das heißt, Zahlungseingänge, die bis zu einem Monat nach Vertragsschluss und Rechnungsstellung ihren Empfänger erreichen, gelten als pünktlich. Etwa zwei Drittel der mittelständischen Kunden zahlen ihre Rechnung fristgerecht. Die meisten pünktlichen Zahler hat überraschender Weise das Baugewerbe (71,4 Prozent; Vorjahr 55,3 Prozent). Vielleicht hat man dort die Wichtigkeit eines straff organisierten und zügig arbeitenden Forderungsmanagements zur Sicherung der eigenen Liquidität erkannt.

Zuwächse bei den pünktlichen Zahlen verzeichnen alle Branchen mit Ausnahme der Handelsbetriebe. Hier zahlen 65,5 Prozent ihre Rechnung innerhalb von 30 Tagen, im Vorjahr waren es 68,4 Prozent. Über 90 Tage lassen sich 3,0 Prozent der Kunden des Handels Zeit, eine Verdoppelung binnen Jahresfrist.

Tab. 27: Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenz(en) im 1. Halbjahr 2003

■	ja	nein
Verarb. Gewerbe	46,8 (53,9)	51,4 (44,3)
Bau	46,1 (37,4)	51,5 (60,6)
Handel	63,7 (64,5)	34,8 (35,5)
Dienstleistungen	52,4 (49,6)	46,0 (49,3)
Gesamt	53,1 (51,9)	45,2 (47,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Mehr als die Hälfte aller befragten mittelständischen Unternehmen (53,1 Prozent) muss Forderungsverluste hinnehmen, weil ein Kundenunternehmen das Insolvenzverfahren beantragt hat. Ein Zuwachs von 1,2 Prozentpunkten. Insbesondere der Handel hat unter Forderungsausfällen zu leiden, was mit den Angaben der befragten Betriebe zum Zahlungsverhalten korrespondiert. 63,7 Prozent der befragten Betriebe aus diesem Segment litten unter Forderungsverlusten wegen Insolvenz – im vergangenen Jahr waren es 64,5 Prozent der Befragten.

Tab. 28: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1	23,7 (25,6)
	bis 0,5	21,4 (23,3)
	bis 1,0	19,4 (16,7)
	über 1,0	20,7 (21,2)
	Keine Verluste	13,3 (11,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Ein Fünftel (20,7 Prozent) aller befragten Unternehmen verzeichnete im vergangenen halben Jahr Forderungsverluste von mehr als einem Prozent vom Umsatz. Keine Verluste verbuchten 13,3 Prozent der Befragten, ein Anstieg von immerhin 1,5 Prozentpunkten.

4.3 Insolvenzen im Mittelstand

Die Zahl der Insolvenzen steigt weiter. Im ersten Halbjahr 2003 war ein Zuwachs von 19,9 Prozent zu verzeichnen. Maßgeblich getragen wird dieser Anstieg von den Insolvenzen der Privatpersonen. 25.500 Anträge von Privatpersonen beschäftigten die Gerichte im ersten Halbjahr 2003. Creditreform rechnet für das Gesamtjahr 2003 mit 60.000 Privatinsolvenzen. Verbraucherschützer geben den Banken eine Mitschuld an den steigenden Zahlen der Privatinsolvenzen. Verbraucherkommissar David Byrne legte der EU-Kommission eine Richtlinie vor, die strengere Regeln für die Vergabe von Verbraucherkrediten beinhaltet. Danach können Banken für die fahrlässige Vergabe von Kreditverträgen haftbar gemacht werden. Verbo-

ten werden sollten auch Kreditabschlüsse bei Haustürgeschäften. Die Pläne waren im Europaparlament, bei mehreren EU-Regierungen, bei Kreditinstituten und Vertretern der Industrie- und Handelskammern auf scharfe Kritik gestoßen. Mittlerweile hat der zuständige Rechtsausschuss des Europaparlamentes sie mit großer Mehrheit zurückgewiesen.

Tab. 29: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	13.323		8.837	
1992	15.302	+ 14,9%	10.920	+ 23,6%
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%
2002 (1. Halbj.)	39.850	+ 64,6%	18.350	+ 22,2%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%
2003 (1. Halbj.)	47.800	+ 19,9%	19.200	+ 4,6%

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg im ersten Halbjahr 2003 auf 19.200 Fälle – ein Plus von 4,6 Prozent. Für das Gesamtjahr rechnet Creditreform mit 40.000 Unternehmensinsolvenzen.

Insolvenzen sind nie auf eine einzige Ursache zurückzuführen. Erst das Zusammentreffen einer zu geringen Eigenkapitalquote mit – etwa - einer veralteten Produktpalette und den schwachen Konjunkturerwartungen lässt Firmen in die Pleite rutschen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) kommt in ihrer Studie „Warum Firmen pleite machen“ allerdings zu dem Ergebnis, dass die Managementaktivitäten eine sehr wichtige Rolle bei den Insolvenzgründen spielen. Um es mit den Worten von Professor Hans Haarmeyer von der Rhein-AhrCampus in Remagen zu formulieren:

„Der Pleitegeier sitzt in der Chefetage, nicht an der Drehbank.“

Tab. 30: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Ost- und Westdeutschland (jeweils für das 1. Halbjahr)

■	West	Ost
1 – 5 Personen	69,2 (59,1)	66,6 (56,6)
6 – 10 Personen	12,1 (12,8)	14,9 (15,4)
11 – 20 Personen	9,2 (10,1)	9,9 (11,8)
21 – 50 Personen	6,4 (7,5)	6,5 (7,8)
51 – 100 Personen	1,9 (3,0)	1,6 (1,7)
> 100 Personen	1,2 (2,0)	0,6 (0,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Ein Spiegel der deutschen Wirtschaftsrealität ist der 1975 als Selbsthilfeverein gegründete Pensionssicherungsverein (PSV), dessen Aufgabe es ist, bei Insolvenzen für die Betriebsrenten aktiv werden. 2002 musste der PSV 643 mal einspringen und 1,273 Milliarden Euro für rund 50.000 Rentner aufbringen. Im ersten Halbjahr 2003 gab es bereits 347 Insolvenzen – fast zwei Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Insbesondere die Grundig-Insolvenz belastet den Verein. „Der Beitragssatz, der 2002 auf 0,45 Prozent festgesetzt wurde, wird in diesem Jahr kaum sinken“ befürchtet Hermann Peter Wohlleben vom Vorstand des PSV. „2002 haben wir 300 Millionen Euro aus unseren Rückstellungen entnommen, um die Beitragsbelastung der Arbeitgeber etwas abzumildern. Sonst hätte der Beitragssatz sogar auf 0,61 Prozent erhöht werden müssen, um per Umlageverfahren alle Renten ausfinanzieren zu können.“ 0,45 Prozent ist der zweithöchste Wert in der PSV Geschichte. Nur bei der AEG-Pleite 1982 war er mit 0,69 Prozent höher.

■ 5 Wirtschaftspolitisches Umfeld

5.1 Steuerreform und Mittelstand

Die Bundesregierung wirbt gerade beim Mittelstand für die Steuerreform. Die einzelnen Maßnahmen sind bereits seit dem Jahr 2000 auf dem Weg; sie betreffen sowohl den einzelnen Bürger als auch die Unternehmen in Deutschland. Im Ganzen ist wohl der schlep-

Kompliziert bleibt alles

pende Gang der Reform mit vielfachem vor und zurück, als auch der Mangel an Vereinfachung zu kritisieren. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Veränderungen bei Steuern und Abgaben im Zuge der Reform im Einzelnen zu diskutieren. Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung hat den mittelständischen Unternehmen zwei einfache Fragen gestellt:

- Sehen kleine und mittlere Betriebe überhaupt Vorteile durch die Steuerreform?
- Wo liegen die möglichen positiven Effekte der Steuerreform für das eigene Unternehmen?

Die Bundesregierung lässt verlauten: „Wir entlasten die mittelständische Wirtschaft.“ 55,7 Prozent der befragten Betriebe sehen allerdings keine Vorteile durch die Steuerreform. Dem stehen 42,6 Prozent der Unternehmen gegenüber, die sich der Regierung anschließen würden und sich mit der Reform besser gestellt sehen. Am wenigsten erwartet der Bausektor von der Steuerreform (positiv: 37,8 Prozent), am ehesten neigen Groß- und Einzelhandel zu einem positiven Votum (46,5 Prozent).

Tab. 31: Vorteile durch die Steuerreform?

■	ja	nein
Verarb. Gewerbe	43,0	55,6
Bau	37,8	60,1
Handel	46,5	52,7
Dienstleistung	41,4	56,2
Gesamt	42,6	55,7

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Vom Mittelstand ist vielfach der Vorwurf erhoben worden, dass die steuerlichen Entlastungen eher Großunternehmen zugute kämen, die ohnehin – etwa aufgrund ihrer Internationalität – sehr viel mehr Möglichkeiten der Steuerminimierung zur Verfügung hätten. Tatsächlich werden 83 Prozent aller Betriebe in Deutschland als Personenunternehmen geführt. Rund 95 Prozent dieser Personenunternehmen wiederum haben Einkünfte, die unter 128.000 Euro im Jahr lie-

Klein ist Trumpf

gen. So scheint es tatsächlich bei den Bewertungen der Steuerreform auch bei Unternehmen oft eher um die Einkommenssteuerentlastungen als um die Veränderungen bei den Körperschaftssteuern zu gehen. Die Verringerung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer, der bei Personenunternehmen zu veranschlagen ist, würde tatsächlich eine Entlastung bringen. Die Regierung behauptet eine Differenz von 3,0 Prozent in der Spitze und 8,6 Prozent im Durchschnitt als Vorteil für den Gesellschafter eines Personenunternehmens gegenüber dem einer Kapitalgesellschaft. Zu fragen bleibt allerdings, ob nicht in Folge der nötigen Gegenfinanzierung Lasten für Mittelständler nur verschoben werden. Die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer schafft, wenn nicht eine stärkere Belastung für diese Berufsgruppe, vor allem einen weiteren komplizierten Aufwand bei der Erhebung.

Es ist wohl weniger die Erleichterung im eigenen Unternehmen bei der Abschöpfung eines Teils des Ertrages, als die Hoffnung auf eine Belebung des privaten Konsums, die als positiver Effekt der Steuerreform angeführt wird. Fast zwei Drittel (64 Prozent) der Mittelständler setzen auf eine Vitalisierung der Binnenkonjunktur, deren Fehlen gerade den „einheimischen“ Mittelständlern so zu schaffen machte. Besonders herausragend bei dieser Hoffnung verhält sich der Groß- und Einzelhandel: Hier sind es sogar 81,7 Prozent der Befragten, die im gesamten Reformpaket im Bereich Nachfragebelebung den größten Pluspunkt erkennen. Aus der Nachfragebelebung folgt für 53,2 Prozent der Befragten auch eine Umsatzsteigerung. Dass der Bausektor mit 40,7 Prozent der positiven Bewertungen unter den Branchen zurückliegt, hängt sicherlich auch mit den neuen Belastungen zusammen, die sich aus dem Wegfall der Eigenheimzulage für die privaten Häuserbauer ergeben.

Einkommenssteuer herabgesetzt – Konsum belebt?

Tab. 32: Positive Effekte der Steuerreform für das eigene Unternehmen (Mehrfachnennung möglich)

■	Nachfragebelebung	Umsatzsteigerungen	nachhaltige Steuerentlastung	Stärkung d. Wettbewerbsfähigkeit	mehr Investitionsspielraum
Verarb. Gew.	63,5	48,4	46,1	21,0	40,3
Bau	52,9	40,7	68,3	29,4	43,4
Handel	81,7	71,9	33,6	18,1	38,3
Dienstleistung	54,3	46,1	50,3	20,3	40,7
Gesamt	64,0	53,2	46,9	21,0	40,3

Angaben in % der Befragten

An dritter Stelle der Nennungen steht – und dieser Wert korrespondiert mit den Angaben zu den Steuervorteilen durch die Steuerreform insgesamt – die Erwartung einer nachhaltigen Steuerentlastung. In diesem Bereich können auch zwei Drittel der von vielen kleinen Betrieben geprägten Baugewerbelandschaft ein positives Urteil abgeben.

Binnenkonjunktur bedeutet nicht nur eine Belebung privater Nachfrage, sondern auch die Rückkehr der Investitionsmaßnahmen. 40,3 Prozent der Mittelständler erwarten durch die Steuerreform zumindest die Möglichkeit, mehr zu investieren. Hier mag sicher auch die neue Investitionsrücklage helfen, bei der Personenunternehmen Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 Euro steuerfrei für spätere Wiederanlagen einstellen können. Innerhalb von vier Jahren müssen diese Mittel dann allerdings in ein Gebäude oder sogar innerhalb von zwei Jahren in abnutzbare, bewegliche Wirtschaftsgüter reinvestiert werden.

Nur jeder fünfte Betrieb vermag in der Steuerreform eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit für das Unternehmen zu erkennen. Ob Deutschland mit der Steuerreform tatsächlich zumindest in das Mittelfeld bei der Belastung für Unternehmen im europäischen Vergleich aufrückt, wie die Bundesregierung behauptet, bleibt umstritten. Im Hinblick auf den internationa-

len Vergleich jedenfalls, aber auch auf einheimischen Märkten vermögen mittlere und kleine Betriebe keine Verbesserung zu erkennen.

5.2 Bürokratie und Bürokratieabbau

Von der Steuerdebatte führt ein gerader Weg zur Kritik der Bürokratie. Einer Vereinfachung des Steuerrechts, wie sie auf der Agenda der Steuerreform ganz oben stand, scheint der Maßnahmenkatalog nicht näher gekommen zu sein. Es bleibt dabei: 70 Prozent des steuerrechtlichen Schrifttums auf der Welt erscheint in deutscher Sprache. Bürokratie in Deutschland betrifft aber nicht nur die Steuern, sondern viele Bereiche. So ist es auch einhellige Meinung (89,3 Prozent), dass die ausufernde Bürokratie die unternehmerische Tätigkeit negativ beeinflusst. Bei dieser Bewertung sind sich alle Branchen weitgehend einig und es sind auch nur wenige Teilnehmer der Befragung, die auf diese Frage keine Antwort wüssten (ohne Angaben: 0,5 Prozent).

Sand der Bürokratie

Tab. 33: Negative Beeinflussung durch zuviel Bürokratie?

■	ja	nein
Verarb. Gewerbe	89,1	10,3
Bau	90,6	8,4
Handel	88,6	10,4
Dienstleistung	89,3	10,7
Gesamt	89,3	10,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Das Steuerrecht erfordert nach Aussage der mittelständischen Unternehmer den höchsten bürokratischen Aufwand (83,2 Prozent). Gerade die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer und die komplizierten Verordnungen zur Verrechnung mit der Einkommenssteuer vor dem Hintergrund unterschiedlicher Gewerbesteuerhebesätze in den Gemeinden, lassen die negativen Anmerkungen durchaus plausibel erscheinen. Ein weiterer Schwachpunkt deutscher Bürokratie liegt im Arbeits- und Sozialrecht. Auch hier sind es fast 80 Prozent (78,9 Prozent) der Mittelständler, die ein Zuviel an Bürokratie nennen. Die manchmal geradezu grotesken Vorschriften etwa zur

„Simplify your life“

Raumtemperatur von Sanitätsräumen oder die detaillierten Arbeitsschutzvorschriften treffen vor allem den Verarbeitenden Bereich (82,0 Prozent). Immerhin hat Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement das Problem erkannt und ein Strategiekonzept „Initiative Bürokratieabbau“ beschlossen. So will man in dem an dritter Stelle genannten Umweltbereich durch die Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes den Zeit- und Kostenaufwand dämpfen, den jetzt 31,4 Prozent der Befragten – vor allem im Verarbeitenden Gewerbe (38,6 Prozent) und im Bausektor (36,9 Prozent) – heftig kritisieren.

Tab. 34: Bereiche, in denen zuviel Bürokratie anfällt (Mehrfachnennung möglich)

■	Arbeits- u. Sozialrecht	Steuerrecht	Umweltrecht	Außenwirtschaft	Sonstiges
Verarb. Gew.	82,0	84,4	38,6	15,0	20,3
Bau	77,3	81,7	36,9	8,1	26,5
Handel	76,6	82,5	27,7	21,4	21,2
Dienstleistung	79,0	83,5	27,2	8,6	28,3
Gesamt	78,9	83,2	31,4	13,3	24,3

Angaben in % der Befragten

Es sind vor allem die Kosten und der Zeitaufwand, die bei den negativen Folgen überbordender Bürokratie genannt werden: 91,1 Prozent der Mittelständler haben die Kosten im Visier, 89,1 Prozent nennen den hohen Zeitaufwand, wenn es um die Probleme geht. So sind etwa Schulungen, die von den Betrieben für die Weiterbildung im Sicherheitsbereich von Mitarbeitern durchzuführen sind, für große Betriebe eher durchzuführen als für kleinere Unternehmen. Eine Kommission des Freistaates Bayern hat aufgezeigt, dass in kleinen Betrieben mit weniger als fünf Mitarbeitern Bürokratiekosten von 4.300 Euro pro Beschäftigtem anfallen, während bei Großunternehmen (mehr als 500 Mitarbeiter) die Umlage nur 115 Euro je Mitarbeiter ergibt.

**Tab. 35: Negative Folgen der starken Bürokratie
(Mehrfachnennung möglich)**

■	Wettbew.- fähigkeit wird stark beein- trächtigt	negative Gewinn- entwick- lung	Entste- hung von zusätzli- chen Kosten	hoher Zeitauf- wand
Verarb. Gew.	30,8	31,5	92,2	85,4
Bau	31,8	32,5	91,9	88,3
Handel	20,3	26,4	90,1	91,6
Dienstleistung	24,4	32,3	90,9	90,2
Gesamt	25,9	30,6	91,1	89,1

Angaben in % der Befragten

Bürokratie trifft Gewinn

Wie heftig die Bürokratie zu Buche schlägt zeigt, dass 30,6 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen eine negative Gewinnentwicklung durch Bürokratiekosten verzeichnen. 25,9 Prozent der Befragten gehen sogar soweit, zu sagen, dass die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens durch den bürokratischen Aufwand stark beeinträchtigt werde.

Die Vorschläge – etwa die stärkere Einbindung der Abwicklung bürokratischen Aufwandes im Onlineverkehr mit den zuständigen Ämtern – liegen auf dem Tisch. Wie bei der Steuerreform, geht es bei den neuen Wegen darum, dass das Anstehende schnell in Kraft gesetzt wird.

■ 6 Zusammenfassung

Aus dem deutschen Mittelstand kommen erste positive Konjunktursignale: So hat sich die Geschäftslage der befragten Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Von den Befragten Mittelständlern schätzen 22,7 Prozent ihre Geschäftslage als gut und sehr gut ein (Herbst 2002: 20,6 Prozent). Mit mangelhaft oder ungenügend bewerten noch 17,7 Prozent ihre derzeitige Lage (Herbst 2002: 22,0 Prozent). Seit Herbst 2002 überwiegen damit erstmals wieder die guten die schlechten Noten (Saldo: 5,0 Prozentpunkte). Die überwiegende Mehrheit (58,9 Prozent) spricht von einer befriedigenden bis ausreichenden Lage. Mit Ausnahme vom Bausektor fiel in allen Wirtschaftsbe-

reichen der Saldo aus guten und schlechten Noten positiv aus.

Nicht nur die Geschäftslage, auch die Umsatzentwicklungen und -erwartungen haben bei Deutschlands klein- und mittelgroßen Betrieben angezogen. In den vergangenen sechs Monaten registrierten gut ein Viertel der Befragten (23,3 Prozent, Herbst 2002: 17,9 Prozent) gestiegene Umsätze, bei 36 Prozent (Herbst 2002: 42,9 Prozent) sind sie gesunken. Eine stabile Umsatzentwicklung verzeichnen immerhin 40,1 Prozent (Herbst 2002: 38,4 Prozent).

Die Umsatzerwartungen fallen sogar noch besser aus: 22,1 Prozent (Herbst 2002: 18,3 Prozent) erwarten im kommenden halben Jahr steigende und 22,5 Prozent (Herbst 2002: 28,8 Prozent) sinkende Umsätze. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsätzen fällt mit minus 0,4 Prozent nur noch knapp negativ aus. Die überwiegende Mehrheit (54,8 Prozent) erwartet zumindest eine stabile Umsatzentwicklung. Damit sollte der Tiefpunkt der Negativerwartungen durchbrochen sein: Noch im Frühjahr dieses Jahres kalkulierten lediglich 16,3 Prozent der Befragten mit steigenden Umsätzen, gut ein Drittel (33,0 Prozent) befürchteten Umsatzrückgänge.

Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt bleibt trübe. Auch Deutschlands Mittelständler trugen zum Beschäftigungsabbau bei, doch der überwiegende Teil (56,2 Prozent) hält an seinem Personalbestand unverändert fest. Im Vergleich zum Vorjahr (50,8 Prozent) hat sich dieser Wert sogar verbessert. Demnach haben 17,1 Prozent der Befragten neue Arbeitskräfte eingestellt (Herbst 2002: 16,3 Prozent) und 26,3 Prozent mussten Mitarbeiter entlassen (Herbst 2002: 32,4 Prozent). Auf positive Beschäftigungseffekte aus dem deutschen Mittelstand wird jedoch immer noch vergeblich gehofft. So bleibt der Saldo aus neu eingestelltem und entlassenem Personal seit Herbst 2001 negativ (minus 9,2 Prozentpunkte).

Im Vergleich zum Vorjahr zeichnet sich im Handel und im Bau eine leichte Verbesserung ab. Im Bau stellten

17,1 Prozent der befragten Mittelständler in den vergangenen sechs Monaten neue Arbeitskräfte ein (Herbst 2002: 13,5 Prozent). Neben saisonalen Gründen dürften für diesen Anstieg, wie bereits erwähnt, die Beseitigung der Flutschäden sowie Vorzieheffekte verantwortlich gemacht werden. Der Anteil der Bauunternehmer, die Personal entlassen haben (26,5 Prozent) überwiegt immer noch. Auch im Handel haben mehr Mittelständler Personal entlassen (24,5 Prozent) als eingestellt (15,2 Prozent).

Mit ihren zukünftigen Personalentscheidungen halten sich Deutschlands Mittelständler noch bedeckt: 7,8 Prozent der Befragten möchten ihren Personalbestand im kommenden halben Jahr aufstocken (Herbst 2002: 7,6 Prozent), 22,9 Prozent abbauen (Herbst 2002: 25,9 Prozent). Auch hier will der überwiegende Anteil der Befragten ihren Personalbestand unverändert lassen (69,1 Prozent; Herbst 2002: 65,7 Prozent).

Die Angebotspreise im Mittelstand sind in allen Branchen gesunken. Ganz anders sieht es bei den Erwartungen für die künftige Preisentwicklung aus: 13,7 Prozent (Herbst 2002: 10,8 Prozent) kalkulieren mit steigenden und 14,7 Prozent (Herbst 2002: 17,8 Prozent) mit sinkenden Angebotspreisen. Preissteigerungen erhoffen sich insbesondere der Dienstleistungssektor (14,7 Prozent; Vorjahr: 9,3 Prozent) und der Handel (18,7 Prozent; Vorjahr: 10,9 Prozent). Alle Wirtschaftsbereiche haben gemein, dass rund 70 Prozent mit stabilen Preisen rechnen. Gleichzeitig rechnet fast jeder dritte Mittelständler (31,9 Prozent) mit steigenden Bezugspreisen, eine Entwicklung, mit der die Gewinnsituation vieler Betriebe auf keine gute Basis gestellt ist.

Die Ertragslage im deutschen Mittelstand bleibt angespannt, es sind nur leichte Verbesserungstendenzen sichtbar: Immerhin rechnen 19,8 Prozent der Mittelständler mit steigenden Erträgen in den kommenden Monaten. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 15,5 Prozent. Der größte Anteil der Befragten rechnet immer noch mit Ertragsrückgängen (40,6 Prozent; Herbst 2002: 48,9 Prozent), fast ebenso viele (38,9 Prozent)

rechnen mit stabilen Erträgen. Zuwächse bei den steigenden Ertragserwartungen verzeichnen alle Branchen. Der Bau und das Verarbeitende Gewerbe sind wieder hoffnungsvoll.

Die Investitionsbereitschaft im deutschen Mittelstand befindet sich immer noch auf sehr niedrigem Niveau. Nur jeder dritte Unternehmer ist bereit, im kommenden halben Jahr Investitionen zu tätigen (34,4 Prozent); das bedeutet jedoch eine deutliche Verbesserung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (25,8 Prozent). Die restlichen zwei Drittel (65,2 Prozent) denken immer noch nicht daran, im kommenden halben Jahr Investitionen durchzuführen (Herbst 2002: 73,5 Prozent).

Die Ausstattung klein- und mittelständischer Unternehmen mit Eigenkapital bleibt unbefriedigend. Lediglich 18,3 Prozent der Befragten verfügen über einen ausreichend hohen Eigenkapitalanteil im Verhältnis zur Bilanzsumme von über 30 Prozent (Vorjahr: 16,6 Prozent). Der überwiegende Anteil der Unternehmen hält nur eine Eigenkapitalquote von bis zu 10 Prozent (35,7 Prozent). Der einzige Lichtblick: Im Vorjahr betrug dieser Wert noch 41,2 Prozent, entspricht also einer Verbesserung um 5,5 Prozentpunkten. Knapp zwei Drittel der befragten mittelständischen Unternehmer (62,7 Prozent) haben weniger als 20 Prozent Eigenkapital.

Das Zahlungsverhalten im deutschen Mittelstand hat sich etwas verbessert: Immerhin beurteilen mehr als ein Viertel (28,6 Prozent) das Zahlungsverhalten ihrer Kunden mit gut und sehr gut. Das entspricht einem Zuwachs von 2,9 Prozentpunkten im Jahresverlauf. Dagegen vergeben nur noch 13,5 Prozent die Note mangelhaft, ein Rückgang um 2,5 Prozentpunkte. Die überwiegende Mehrheit 55,5 Prozent bewertet das Zahlungsverhalten ihrer Kunden mit befriedigend bis ausreichend.

Mehr als die Hälfte aller befragten mittelständischen Unternehmen (53,1 Prozent) muss Forderungsverluste hinnehmen, weil ein Kundenunternehmen das Insolvenzverfahren beantragt hat (Vorjahr: 51,9 Prozent). Insbesondere der Handel hat unter Forderungsausfäl-

len zu leiden, was mit den negativen Angaben der befragten Betriebe zum Zahlungsverhalten korrespondiert. 63,7 Prozent der befragten Betriebe aus diesem Segment litten unter Forderungsverlusten wegen Insolvenz (Herbst 2002: 64,5 Prozent).

Der Lebensweg mittelständischer Unternehmen wird nicht nur von der Konjunktur bestimmt. Die politischen Rahmenbedingungen beeinflussen das unternehmerische Handeln massiv. Die Steuerreform ist auf dem Weg – 55,7 Prozent der Mittelständler sehen allerdings keine Vorteile durch die anstehenden Veränderungen. 42,6 Prozent glauben, durch die Steuerreform besser gestellt zu werden. Mittelständische Unternehmen sind zum größten Teil Personenunternehmen; die Erleichterungen bei der Einkommenssteuer stehen also an erster Stelle, wenn es um positive Bewertungen der Betriebe geht. 64 Prozent der Befragten erwarten durch die Steuerreform eine Nachfragebelebung, die bei 53,2 Prozent auch zu einer Umsatzsteigerung führen wird.

89,3 Prozent der Unternehmen sehen sich durch zuviel Bürokratie in ihrer Tätigkeit negativ beeinflusst. An erster Stelle steht wieder das Steuerrecht (83,2 Prozent), an nächster Stelle das Arbeits- und Sozialrecht (78,9 Prozent). Aber auch die Vorschriften im Umweltrecht sind für 31,4 Prozent der Mittelständler kontraproduktiv. Die Kosten (91,1 Prozent) und der hohe Zeitaufwand (89,1 Prozent) werden an erster Stelle genannt, wenn es darum geht, wie Bürokratie zu Buche schlägt.

Mittelständische Unternehmen beurteilen die aktuelle konjunkturelle Lage besser als vor einem Jahr. Auch die Erwartungen für den Winter sind optimistischer als 2002. Von einem Aufschwung ist allerdings nicht zu sprechen; so sind die Aussagen der Unternehmen zu den Investitionen oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen immer noch von Zurückhaltung geprägt. Die guten Werte, die um die Jahrtausendwende das Bild bestimmten, bleiben entfernt.

■ 7 Basis der Untersuchung

7.1 Begriffsbestimmung

Die vorliegende Untersuchung schließt sich der überwiegenden wissenschaftlichen Lehre an, die eine Definition des Mittelstandes auf die Mitarbeiterzahl abstellt (nicht mehr als 500 Beschäftigte) und eine Umsatzgröße von nicht mehr als 50 Mio. Euro zulässt. Entscheidend für die Definition kleiner und mittlerer Unternehmen ist darüber hinaus die "Personaleinheit" von Geschäftsführer und Inhaber. Bei der Selektion der für die Umfrage repräsentativen Unternehmen wurde auf dieses Merkmal geachtet. Weiterhin wurde darauf geachtet, dass keine Tochterunternehmen von Großunternehmen erscheinen.

7.2 Untersuchungsbreite

Tab. 36: Anzahl der befragten Unternehmen

■	Verarbeitendes Gewerbe	974
	Bau	584
	Handel	1.056
	Dienstleistungen	1.501
	Gesamt	4.115

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahlbau
- Maschinenbau
- Fahrzeugbau
- Elektrotechnik
- Feinmechanik/Optik
- Herstellung von EBM-Waren, Möbeln, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

Dienstleistungen

- Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Kredit- und Versicherungsgewerbe
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen
- Datenverarbeitung und Datenbanken
- Forschung und Entwicklung
- Gastgewerbe
- unternehmensnahe Dienstleistungen
- sonstige persönliche und konsumnahe Dienstleistungen

7.3 Struktur der Unternehmen nach Rechtsform

Die 4.115 befragten Unternehmen in Deutschland bevorzugen folgende Rechtsformen:

Tab. 37: Rechtsformen der befragten Unternehmen

■	Einzelkaufmann	26,2
	OHG	1,6
	KG	2,0
	GmbH & Co. KG	12,0
	GmbH	51,9
	AG	2,4
	Sonstige	3,9

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

7.4 Sitz des Unternehmens

Tab. 38: Sitz des Unternehmens

■	Schleswig-Holstein	3,2
	Hamburg	2,1
	Niedersachsen	8,4
	Bremen	1,1
	Nordrhein-Westfalen	26,5
	Hessen	11,0
	Rheinland-Pfalz	6,4
	Baden-Württemberg	14,2
	Bayern	10,8
	Saarland	1,6
	Berlin	2,9
	Mecklenburg-Vorpommern	1,0
	Sachsen-Anhalt	1,3
	Brandenburg	3,3
	Thüringen	2,6
	Sachsen	3,5

Angaben in % der Befragten

7.5 Betriebsgrößenordnung

Tab. 39: Anzahl der Beschäftigten

■	bis 5	31,1
	6 – 10	18,8
	11 – 20	19,1
	21 – 50	15,5
	51 – 100	8,9
	101 – 250	3,4
	251 – 500	2,5

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2003, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 09. Oktober 2003